

Fassung: 14.8.2008

## **Der PIF-Plan Palästina-Israel-Friedensplan**

Schon im Jahre 2002 hatte das Institut für Internationales Recht den Friedensplan dem israelischen Botschafter, Shimon Stein, und dem Generalbeauftragten der Palästinenser Abdallah Frangi in Deutschland unterbreitet. Das blieb ohne Resonanz.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern eskalierten jedoch weiter. In Israel gewannen politisch die Kräfte die Oberhand, die einen Friedensplan allenfalls zustimmen würden, wenn er den Status quo festigen und sichern würde. Auf dem Gebiet der palästinensischen Autonomiebehörde erreichte die Hamas, eine Organisation, die von Israel und den westlichen Staaten als Terrororganisation eingestuft wurde, durch Wahlen die Mehrheit im Parlament. Im Gazastreifen errang sie später gewaltsam die ausschließliche Herrschaft. Ziel der Hamas ist nicht nur die Errichtung eines palästinensischen Staates, sondern auch die Beseitigung Israels. Was zunächst als Kulmination des Antifriedens erscheint, kann auch bedeuten, dass dieser Höhepunkt der Gewalt nicht mehr überschritten werden kann, mit der Konsequenz, dass sich nun nur noch Tore für den Frieden öffnen können. Schon heute sieht sich das israelische Militär veranlasst, die palästinensische Regierung und Bevölkerung vor Terrorakten oder anderen gewaltsamen Übergriffen der Hamas zu schützen. Der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert und der Präsident der Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, haben beide übereinstimmend auf der Konferenz in Amnapolis ihre Friedensbereitschaft bekundet, wobei zumindest zwischen diesen beiden Politikern außer Streit ist, dass es einen palästinensischen Staat geben muss. Die Macht beider Politiker ist gering. Dennoch ist auf beiden Seiten kein anderer Politiker in Sicht, der einen Friedensplan gegen die politischen Fundamentalisten im eigenen Lager durchzusetzen in der Lage wäre. Ein Friedensplan muss so gestaltet werden, dass beide Seiten gewinnen, denn er muss auch zumindest einen Teil der Extremisten überzeugen, so dass der Rest sich einer eindeutigen Mehrheit beugt und den Frieden zustimmt.

### **Eigene Vorstellungen:**

Die bereits vorliegenden Friedens-Konzeptionen haben nicht zu einem Frieden geführt. Auf keinen Fall wird der Konflikt dadurch beseitigt werden, dass man sich darauf beschränkt, den Palästinensern einen eigenen Staat, bestehend aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland einzuräumen. Ein derartiger Plan greift wie alle vorhergehenden Pläne zu kurz. Terror und Gewalt seit 1949 müssen ausreichen, um alle Bewohner Palästinas zu der Erkenntnis zu führen, dass das Endziel nicht die Errichtung

eines palästinensischen Staates ist, sondern der Frieden zwischen den beiden Völkern, damit sie nicht nur ohne ständige gewaltsame Auseinandersetzung nebeneinander existieren, sondern beide Völker zusammenleben und wechselseitig voneinander profitieren können. Dass man zuvor keinen Frieden fand, lag im Wesentlichen daran, dass die Ziele Israels, aber auch der Palästinenser, nicht auf einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern ausgerichtet waren, sondern allein auf die Sicherung oder Erweiterung des jeweiligen Herrschaftsbestandes. So war Israel nur daran interessiert, die Bevölkerung von äußerer und im innerer Gewalt abzusichern und möglichst wenig Territorium dagegen herzugeben, während es der ausschließliche Wille der Palästinenser war, einen Staat zu bekommen mit einem möglichst großen Territorium, frei von israelischen Siedlern und Besatzern, in größter Unabhängigkeit von Israel und außerdem die Rückkehr der Flüchtlingen in das israelische Stammgebiet zu erreichen. Diese Abkommen konnten nicht zum Frieden führen, selbst wenn in ihnen eine Zusammenarbeit der beiden Seiten in Fragen der Wirtschaft und der Infrastruktur vereinbart worden waren. Beide Seiten des Konfliktes fragten sich nicht in ausreichendem Maße, inwiefern die Gegenseite politisch und realiter überleben könne, wenn nur die eigenen Vorstellungen vom Frieden verwirklicht würden. Wichtig war jeder Partei die Trennung von der anderen. Die Enge des Raumes, die Knappheit der Ressourcen, die Dichte der Besiedlung lassen eine strikte Trennung der beiden Staaten ohne eine dauerhafte organisatorische Verbindung nicht zu. Diese Verbindung muss so beschaffen sein, dass in Zukunft jede Benachteiligung, aber auch jede Begünstigung unmittelbar beide Völker treffen muss. Bei einfacher strikter Trennung und einem separaten Nebeneinander der Staaten, wird es niemals ausbleiben, dass sich eine Seite gegenüber der anderen benachteiligt oder übervorteilt fühlt. Jeder Bevölkerungsteil sieht sich gegenüber dem anderen eingeeengt, benachteiligt und damit in seinem Frieden gestört, und zwar selbst dann, wenn die offenen Fragen um Jerusalem als Hauptstadt welchen Staates, die Verwaltung der Heiligen Stätten, die Wasserversorgung und die Rückkehr der Flüchtlinge gelöst worden sind. Der Grund, warum die bisherigen Abkommen nicht zu einer Befriedung geführt haben, liegt darin, dass sie keine Perspektive für einen dauerhaften Frieden darstellten. Die bisherigen Planungen boten sich immer als endgültige Regelungen dar und ließen so keine Hoffnung auf ein Ende des gewaltsamen Kampfes zu. Man hätte den bisherigen Plänen nur zustimmen können, wenn die Hoffnung darauf bestanden, dass in Zukunft sich die Verhältnisse von selbst dahingehend ändern würden, dass sie erträglicher würden. Diese solch positive Perspektive konnte sich aber für keiner der beiden Parteien anzeichnen, denn beiden Seiten war bewusst, dass jedes der beteiligten Völker bei den Verhandlungen die größten denkbaren Konzessionen gemacht

haben würde, die sie hätte eingehen können und jeder spätere weitere Verlangen der Gegenseite für alle Zeiten als unannehmbar und vertragswidrig entschieden zurückgewiesen und damit auch jede Veränderung der Verhältnisse zugunsten der anderen Partei auf lange unbestimmte Zeit verhindert werden müsse. Bei Bewältigung der Krise im Nahen Osten darf man also nur das Ziel vor Augen haben, dass in Zukunft Israelis und Palästinenser auf dem verhältnismäßig kleinen Territorium, das beiden Völkern zur Verfügung steht, in Frieden miteinander leben können. Für künftige Verhandlungen bedeutet das, dass die Palästinenser bei ihren Vorschlägen die Interessen der Israelis und die Israelis die der Palästinenser zumindest mit im Sinn haben müssen, indem sie sich bewusst in die Interessenlage der anderen Parteien so versetzen, als würden sie die jeweils andere Partei vertreten. Wenn sie wirklich an einem gedeihlichen Zusammenleben beider Völker in der Religionen und aller Bürger interessiert sind, so ist eine derartige Gesprächsteilnahme kein Verrat an das eigene Volk, sondern das bei dieser politischen Lage in der betroffenen Region das einzig mögliche konstruktive Verhalten. Auf diese Weise werden im Übrigen auch Krisen zwischen Personen in den sog. Mediationsverfahren häufig erfolgreich beigelegt. Dabei wird allerdings sehr viel Charakterstärke von den Gesprächsteilnehmern verlangt. Ein großzügiges Gewähren wird sicherlich nicht mehr, wie das bishwer der Fall war, als Schwäche der konzessionierenden Partei gewertet. Dazu hat jede bisher in ausreichendem Maße gezeigt, dass sie hart und unerbittlich sein kann.

Die wichtigsten Problemfelder, die bei der Konfliktlösung beachtet werden müssen, sind folgende:

- a.) Die Gründung eines Staates für die Palästinenser mit genau festgelegten Grenzen.
- b.) Die Beziehungen dieses Staates zu Israel
- c.) Die Wasserversorgung des neuen Staates
- d.) Die Minderheitsregelung in beiden Staaten (s.h.:. Die Rechte der Israelis in dem neuen palästinensischen Staat (Siedlungen) und die der Palästinenser in Israel.)
- e.) Das Flüchtlingsproblem.
- f.) Die Findung von Möglichkeiten zur Beseitigung einer sozialen Schieflage zwischen den Völkern.
- g.) Die Planung einer gleichwertigen Infrastruktur.
- h.) Die Findung von Möglichkeiten zur Beseitigung der gegenseitigen Feindschaften ( Hass, Trauer, Wut ).
- i.) Das Jerusalemproblem und die Verwaltung der heiligen Stätten.
- j.) Entschädigungen für erlittenes Unrecht.

Zu den Grundvoraussetzungen einer Friedenskonzepktion, wie sie dem Institut vorschwebt, gehörte Folgendes:

- 1.) Sowohl dem palästinensischen als auch dem israelischen Volk steht das Recht auf Selbstbestimmung zu.
- 2.) Beide Völker sollten dieses Recht durch Gründung eines der Größe der Bevölkerung gemäßen Territoriums verwirklichen können, wobei das israelische Volk diesen Staat bereits erreicht hat und das palästinensische das von seiner Seite anerkennt.
- 3.) Das Territorium des Palästinenserstaates sollte zumindest den Gazastreifen und das Westjordanland umfassen.
- 4.) In beiden Staaten werden Minderheiten der jeweiligen anderen Volks- und Religionszugehörigkeit leben. Diesen Minderheiten werden Minderheitsrechte in beiden Staaten zuerkannt, zumindest in dem Umfang des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966. Auch das europäische Antidiskriminierungsgesetz könnte hier als Vorbild dienen. Doch sollte es zulässig sein, beide Staaten so zu verfassen, dass die Israelis und die Palästinenser jeweils in ihren Ländern die Regierungsspitze und die Mehrheit der Abgeordneten in den Parlamenten stellen.
- 5.) Beide Staaten sollten sich so konstituieren, dass sie eine weitgehende kommunale Selbstverwaltung einrichten, so dass die jüdischen Siedlungen zum palästinensischen Staatsverband gehören können und nicht mehr auf ihre israelische Staatszugehörigkeit angewiesen sind.
- 6.) Die Grenzen zwischen den beiden Staaten sind offen.
- 7.) Beide Staaten gründen eine Föderation, die nur für folgende Bereiche zuständig ist:
  - a.) Äußere Sicherheit ( Militär)
  - b.) Außenpolitik
  - c.) Hauptverkehrswege (Wasser- und Landesstraßen)
  - d.) Post,
  - e.) Währung,
  - f.) Die letzten Instanzgerichte aller Gerichtszweige und die Verfassungsgerichtsbarkeit.
  - g.) Zumindest in den nächsten 20 Jahren ist die Regierung und Regierungsspitze zu gleichen Anteilen von Palästinensern und Israelis paritätisch zu besetzen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.
  - h.) Im Übrigen sollte die Föderation zwei Kammern aufweisen. Ein Parlament mit Abgeordneten beider Staaten, wobei beide Staaten die gleiche Anzahl von Wahlkreisen haben und das Mehrheitsprinzip gilt. Die zweite Kammer wird von Abgeordneten der Regierungen beider Staaten besetzt, wobei die jeweilige Anzahl der

Abgeordneten aus beiden Staaten gleich ist.

Viele Probleme, die zur Zeit einer Befriedung entgegenstehen, werden durch diesen Friedensplan wie von selbst gelöst:

- 1.) Dazu gehört die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge nach Israel. Die Israelis stellen weiterhin die Mehrheit der Abgeordneten in Israel, selbst wenn die Palästinenser durch die Zuwanderung die Mehrheit der Bevölkerung bilden sollten. Es ist überhaupt davon auszugehen, dass die Flüchtlinge vornehmlich nicht nach Israel, sondern in den palästinensischen Staat, der hier Palästina genannt werden soll, zurückkehren werden. Die Gefahr einer möglichen Überbevölkerung sollte man dadurch beheben, dass man mit dem Libanon in Verhandlungen zum Ankauf weiterer Gebiete zur Erweiterung des Territoriums eintritt.
- 2.) Jerusalem kann die Hauptstadt aller drei Staaten sein, die Palästinas, die Israels und die der Föderation.
- 3.) Die heiligen Stätten können bezüglich ihrer Verwaltung der Föderation übertragen werden.
- 4.) Die Grenzen sind nicht so wichtig, da alle Bürger ausnahmslos auch die Staatsbürgerschaft der Föderation erhalten. Die Mauer sollte, soweit sie nicht stört, als Mahnmahl des Schreckens erhalten und durch Graphitis zum Kunstwerk erhoben werden.
- 5.) Die israelischen Siedler können in West-Jordanland verbleiben. Sie sollen wählen dürfen, ob sie die palästinensische Staatangehörigkeit bekommen oder die israelische behalten wollen. Wenn sie sich für die palästinensische entscheiden, erhalten sie alle politischen Rechte Palästinas, d.h. sie können an den Wahlen für das palästinensische Parlament und an den palästinensischen Kommunalwahlen teilnehmen. Entscheiden sie sich für die israelische Staatsbürgerschaft, erhalten sie weder die politische Rechte des palästinensischen Staates noch die Israels, weil sie dort nicht wohnhaft sind. Wohl aber können sie an den Wahlen für das Parlament der Föderation teilnehmen. Gleich, wie sie sich entscheiden, erhalten sie die volle Gleichberichtigung mit allen palästinensischen Bürgern und den Minderheitenschutz. Das Institut hält es für außerordentlich wichtig, dass in dem palästinensischen Staat die israelischen Siedlungen erhalten bleiben. Auf diese Weise haben beide Staaten jeweils Minderheiten des anderen Volkes innerhalb der eigenen Grenzen. Beide Staaten können darin wetteifern, in welchem Umfang sie

Minderheitsrechte und –schutz tatsächlich gewähren.

Die übrigen Probleme der Wasserversorgung und der sozialen Schieflage zwischen den Völkern kann man bei der Bildung einer Föderation der zukünftigen positiven Entwicklung überlassen.

Natürlich kann man diesen Friedensplan nicht unvorbereitet den Völkern unterbreiten. Die über lange Zeiten beiderseits geübten Gewalt, der gegenseitigen Tötungen, Demütigungen und Zerstörungen und den damit verbundenen Verelendungen haben bei beiden Völkern einen gegenseitigen Hass entstehen lassen, der vor dem Abschluss eines Friedenspaktes soweit herabgesetzt werden muss, dass die Einsicht gefunden werden kann, Frieden und eine Zukunft der Völker sind nur möglich, wenn man sich zu einem Friedensschluss auf Dauer zusammenfindet.

Die Psychologie hat inzwischen Methoden entwickelt, die jemanden von dem Hass auf einen anderen Menschen befreien können. Von einer wissenschaftlich erarbeiteten Methode, dass auch Kollektive vom Hass auf ein anderes oder andere Kollektive befreit werden können, ist dem Institut noch nichts bekannt.

Aus der Ethnologie und auch aus der Geschichte weiß man allerdings von dem Aggressionsabbau zwischen den Völkern durch Wettkämpfe oder sonstige gemeinsamen Projekte. Der Dirigent und Pianist Daniel Barenboim hat ein solches Projekt ins Leben gerufen. Er hat mit Musikern israelischer und palästinensischer Herkunft ein Orchester gebildet und hat mit diesem sowohl in Israel als auch in auf dem Gebiet der Autonomiebehörde Konzerte gegeben. Auch die meisten sportlichen Wettkämpfe eignen sich dafür, wenn sichergestellt ist, dass sie fair ablaufen und der Besiegte nicht nur den Sieger ehrt, sondern auch der Sieger den Unterlegenen. Vorstellbar ist auch, dass man Mannschaften bildet, die sich paritätisch mit Sportlern aus beiden Nationen zusammensetzen.

Des weiteren sollte von beiden Völkern eine sog. Friedensinstitution gegründet werden. Deren einzige Aufgabe sollte sein, Methoden zu erarbeiten, die dazu dienen, den Hass zwischen den Völkern zu beseitigen. Geleitet werden sollte sie von Psychologen beider Völker. Diese sollen die wichtigsten Religionsvertreter hinzuziehen, aber auch die wichtigsten Repräsentanten der politischen Parteien und Gruppierungen. Dazu gehören auch die israelischen Orthodoxen und die Vertreter der Hamas. Sie sind sogar besonders wichtig, denn sie werden den Hass, also das Übel, das beseitigt werden soll, am besten verkörpern können. Wenn es den übrigen Verhandlungsparteien gelingt, diese Vertreter zu überzeugen, hat der Frieden schon fast gewonnen.